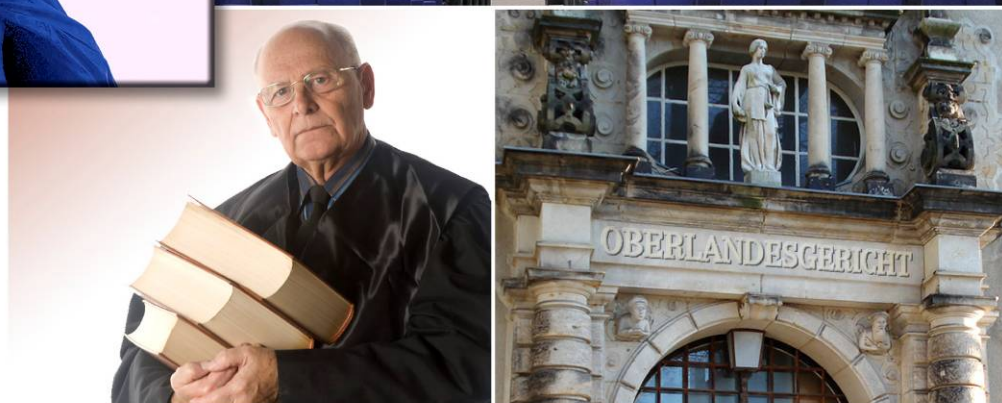
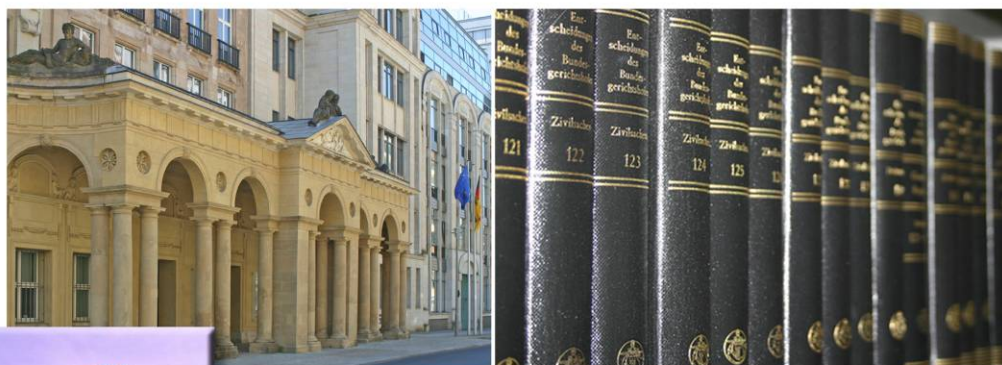


# INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777

Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: [kascheike.ludmilla@dihk.de](mailto:kascheike.ludmilla@dihk.de) | Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelles .....</b>	<b>2</b>
Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen: Bericht über die BMU-Sitzung am 11.04.11 ..2	
OLG Düsseldorf zu "Made in Germany" .....	2
Kodifizierung der Verschmelzungsrichtlinie für Aktiengesellschaften .....	2
Bundesregierung: Löschen statt Sperren illegaler Inhalte im Netz.....	2
Durchblick im Logo-Dschungel.....	2
Europäische Kommission legt zwölf Prioritäten zur Neubelebung des Binnenmarkts vor .....	2
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches ..3	
Bundesrat verlangt Überarbeitung der Novelle des Telekommunikationsgesetzes.....	3
Ordnungsgeldverfahren bei Verletzung der Offenlegungspflicht.....	3
Verkündung der Details zur Leerverkaufs-AnzeigeVO .....	3
DIHK-Stellungnahme zum Thema Sammelklagen abgegeben .....	3
Diskussion zur Einführung von Frauenquoten.....	3
Begründung zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄndStV) .....	3
OLG Zweibrücken: Ausländische GmbH-GF benötigen keine deutsche Aufenthaltserlaubnis.....	4
Informationen zu Beschäftigung und Entsendung von EU-Bürgern.....	4
De-Mail: Gesetz in Kraft .....	4
Kein überflüssiger Schutz vor Internetfallen .....	4
Anhörung im Bundestag zur Unternehmensmitbestimmung.....	5
1. Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im BGBI verkündet.....	5
Newsletter "Arbeitsrecht" .....	5
Aktuelle Steuerinformationen.....	5
Newsletter "Auftragswesen aktuell" .....	5
<b>Veranstaltungshinweise .....</b>	<b>6</b>
Weichenstellungen für Großvorhaben am 24.05.2011.....	6
Geistiges Eigentum im Spannungsfeld von Digitalisierung und Globalisierung am 31.05.2011 .....	6

---

## Aktuelles

### ■ **Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen: Bericht über die BMU-Sitzung am 11.04.11**

Erste Überlegungen zur geplanten Umsetzung wichtiger Artikel der IED-Richtlinie ins deutsche Recht stellte das Bundesumweltministerium (BMU) am 11.04.2011 vor. Geändert werden müssen neben dem BImSchG diverse Verordnungen zum BImSchG sowie auch das Wasser- und das Abfallrecht.

Geplant ist, bis zur Sommerpause einen Referentenentwurf zum BImSchG (und ggf. auch zu weiteren Verordnungen) zu erstellen. Dabei beabsichtigt man, die Aufgaben in drei Arbeitspakete zu fassen:

- ein Gesetzespaket mit den notwendigen Änderungen zum BImSchG, WHG und KrWG
- ein Verordnungspaket (ohne Bundesratsbeteiligung), 4. BImSchV, 9. BImSchV
- ein Verordnungspaket mit Bundesratsbeteiligung (13., 15., 25., 31. BImSchV).

### ■ **OLG Düsseldorf zu "Made in Germany"**

Das OLG Düsseldorf hat der Entscheidung des LG Düsseldorf zu „Made in Germany“ in vollem Umfang beigespflichtet. Als „produziert in Deutschland“ dürfe nur Ware gekennzeichnet werden, die maßgeblich in Deutschland hergestellt bzw. deren wertbestimmende Eigenschaften nach Auffassung der angesprochenen Verkehrskreise aus deutscher Produktion stammen.

### ■ **Kodifizierung der Verschmelzungsrichtlinie für Aktiengesellschaften**

Im Rahmen der „Kodifizierungsmaßnahmen“ wurde nun auch die Richtlinie 78/855/EWG unter der Nummer 2011/35/EU neu veröffentlicht. Sie finden sie bei Interesse im Amtsblatt L 110 v. 29.04.2011, S. 1 ff.

### ■ **Bundesregierung: Löschen statt Sperren illegaler Inhalte im Netz**

Die Bundesregierung verabschiedet sich von den umstrittenen Internet-Sperren gegen kinderpornographische Inhalte im Internet. Diese sollen künftig gelöscht werden. Das Kabinett hat Eckpunkte für ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem das bisherige Zugangserschwerungsgesetz aufgehoben werden soll.

### ■ **Durchblick im Logo-Dschungel**

Immer mehr Produkte und Dienstleistungen sind mit Bio-Siegeln, Ecolabels oder Umweltzeichen versehen. Doch wofür stehen die einzelnen Siegel und welche Standards müssen sie erfüllen? Und was sagen die Bezeichnungen „Öko“ und „Bio“ eigentlich aus?

Für mehr Durchblick im Logo-Dschungel sorgt die neue gleichnamige [Broschüre](#) der IHK für die Pfalz. Sie gibt auf sieben Seiten eine Übersicht über die wichtigsten Umweltzeichen und Bio-Siegel, führt die Mindeststandards und Besonderheiten der Siegel auf und stellt die Unterschiede in den einzelnen Kategorien dar. Außerdem enthält die Broschüre nützliche Links für weiterführende Informationen.

### ■ **Europäische Kommission legt zwölf Prioritäten zur Neubelebung des Binnenmarkts vor**

Mit der Mitteilung „Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen: gemeinsam fürs neue Wachstum“ hat EU-Kommissar Barnier am 13.04.2011 die endgültige Version seiner „Binnenmarktakte“ vorgestellt. Die Akte enthält zwölf Bereiche, in denen bis 2013 konkrete Maßnahmen beschlossen werden sollen.

Link zu der Binnenmarktakte

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/smact/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/smact/index_de.htm)

## ■ Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches

Am 11.04.2011 fand eine öffentliche Anhörung des Verbraucherausschusses des Deutschen Bundestages zum Zweiten Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch-Änderungsgesetz statt. Das aktuelle Gesetzgebungsvorhaben wurde dabei von den geladenen Experten sehr unterschiedlich bewertet. Informationen zur Anhörung, die Positionen der Sachverständigen etc. finden Sie [hier](#).

## ■ Bundesrat verlangt Überarbeitung der Novelle des Telekommunikationsgesetzes

Der Bundesrat hat am 15.04.2011 umfassend zum Entwurf der Bundesregierung für ein neues Telekommunikationsgesetz Stellung genommen. Verschiedene Verbraucherschutzrechtliche Regelungen gehen ihm nicht weit genug. Auch bei der Nutzung von Synergien beim Breitbandausbau sieht er Nachbesserungsbedarf.

## ■ Ordnungsgeldverfahren bei Verletzung der Offenlegungspflicht

Die Bundesregierung hat im Rahmen einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Angaben zur den Auswirkungen der Offenlegungspflichten auf den Mittelstand gemacht (BT-Drs. 17/5028). Danach sind 2010 Ordnungsgelder in einer Rekordhöhe von 196 Mio. Euro gegen Unternehmen verhängt worden, die nicht oder verspätet ihre Jahres- und Konzernabschlüsse offengelegt haben. 97 Prozent davon waren Kleinunternehmen.

## ■ Verkündung der Details zur Leerverkaufs-AnzeigeVO

Die Verordnung der BaFin zur Konkretisierung der Anzeigepflichten nach der Leerverkaufs-Anzeige-

verordnung (LAnzV) ist im Bundesgesetzblatt Teil I, vom 15.04.2011, Seite 636 f. veröffentlicht und seit dem 16.04.2011 in Kraft. Sie konkretisiert Inhalt, Art und Form der Anzeige nach § 30h Abs. 2 Satz 3 und § 30j Abs. 3 Satz 2 WpHG. Die Verordnung können Sie [hier](#) abrufen.

## ■ DIHK-Stellungnahme zum Thema Sammelklagen abgegeben

Der DIHK hat eine Stellungnahme zur EU-Konsultation "Kollektiver Rechtsschutz: Hin zu einem kohärenten europäischen Ansatz" (SEK(2011) 173 endg.), an die EU-Institutionen, die Bundesregierung und die für dieses Thema zuständigen Berichterstatter im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages gesendet. Die Stellungnahme finden Sie hier: <http://www.dihk.de/themenfelder/recht-und-fairplay/privates-wirtschaftsrecht/verbraucherrecht/positionen/sammelklagen>

## ■ Diskussion zur Einführung von Frauenquoten

Verschiedene Entwürfe zur Einführung von Quoten für Männer und Frauen wurden im Bundestag und Bundesrat vorgelegt. Zu dem Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. [17/3296](#)) und einem Antrag der Fraktion der SPD (BT-Drs. [17/6483](#)) hat der Rechtsausschuss des Bundestages am 11.05.2011 eine Anhörung durchgeführt. Details zur Anhörung, den Positionen der Sachverständigen etc. finden Sie [hier](#). Die Bewertungen zu verschiedenen Gesetzentwürfen finden Sie unter folgendem [Link](#).

## ■ Begründung zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄndStV)

Die nun vorliegende Begründung enthält einige Klarstellungen, z. B. in Bezug auf die Definition von Betriebsstätten und die Ermittlung der Beschäftigtenzahlen als Grundlage für die Ermittlung des

Rundfunkbeitrags für Unternehmen. In einigen Punkten besteht jedoch – unabhängig von unserer grundsätzlichen Kritik – noch immer Nachbesserungs- bzw. Klarstellungsbedarf.

## ■ OLG Zweibrücken: Ausländische GmbH-GF benötigen keine deutsche Aufenthaltserlaubnis

Das OLG Zweibrücken (RPflegler 2011, 214) hat entschieden, dass es für die Bestellung eines Geschäftsführers einer GmbH nicht erforderlich ist, dass der Geschäftsführer jederzeit ins Inland einreisen kann. Begründet wird diese Änderung der Rechtsprechung richtigerweise mit dem durch das MoMiG geänderten Wortlaut des § 4 a GmbHG.

## ■ Informationen zu Beschäftigung und Entsendung von EU-Bürgern

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat eine Informationsbroschüre mit Fragen und Antworten zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab dem 01.05.2011 in Deutschland gilt, veröffentlicht. Auch Aspekte der Sozialen Sicherung werden darin aufgegriffen. Die Broschüre kann auf der Seite des BMAS unter folgendem [Link](#) heruntergeladen werden.

## ■ De-Mail: Gesetz in Kraft

Das De-Mail-Gesetz ist am 03.05.2011 in Kraft getreten. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass De-Mail-Nutzer künftig rechtsverbindlich mit Behörden und Unternehmen sowie untereinander kommunizieren können.

## ■ Kein überflüssiger Schutz vor Internetfallen

Mit dem vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) vorgelegten Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Kostenfallen im Internet sollen Verbraucher künftig

verstärkt vor unseriösen Anbietern geschützt werden, die Kosten durch eine unklare oder irreführende Gestaltung ihrer Internetseite bewusst verschleiern. Ähnliche Pläne gibt es auf europäischer Ebene. Zweifelsohne müssen Angebote, in denen der Preis verschleiert wird, mit Nachdruck bekämpft werden. Gesetzliche Regelungen sind aber nicht erforderlich. Verträge kommen auch heute schon in diesen Fällen nicht zustande und der Kunde muss nicht bezahlen. Außerdem sind solche Handlungen als Betrug strafbar und können auch mit Mitteln des Wettbewerbsrecht bekämpft werden. Daher schützt die von der Bundesregierung vorgeschlagene Buttonlösung den Verbraucher nicht zusätzlich. Der vom BMJ unterbreitete Vorschlag schießt aber auch unabhängig von der bestehenden Rechtslage über das Ziel hinaus. Vorgesehen ist eine sog. Doppelklick-Lösung: Verbraucher sollen hiernach durch einen hervorgehobenen und deutlich gestalteten Hinweis auf der Internetseite über den Gesamtpreis informiert werden. Zusätzlich sollen die Unternehmen den Bestellvorgang so gestalten müssen, dass Verbraucher ihre Bestellung erst aufgeben können, nachdem sie die Kenntnisnahme der Preisangabe bestätigt haben.

Nach einer aktuellen Umfrage, die der DIHK und der Gütesiegelanbieter Trusted Shops durchgeführt haben, würden durch dieses Vorhaben Umstellungskosten im Schnitt je Web-Auftritt von rund 500 – 2.000 Euro entstehen. Betroffen wären hier von mehr als 200.000 Unternehmen. Was die Unternehmen aber noch mehr fürchten als die Kosten, ist die Rechtsunsicherheit und das damit verbundene Abmahnrisiko. So geben 70 % der Unternehmen laut der Umfrage an, dass ihnen nicht mit hinreichender Gewissheit klar sei, wie eine deutliche „Hervorhebung“ und „Bestätigung“ konkret auszusehen hat und dass sie eine Abmahnwelle fürchten. Die Wirtschaft appelliert deshalb für einen schlanken Weg: Wenn schon auf gesetzliche Regelungen nicht ganz verzichtet werden soll, reicht zum Schutz der Verbraucher ein Einfachklick. Hiernach müsste der Unternehmer den Bestellbutton lediglich mit dem unmissverständlichen Hinweis versehen, dass sich der Verbraucher zu einer Zahlung verpflichtet, z. B. mit den Worten "zahlungspflichtig bestellen". Eine derart klare Vorgabe hätte die notwendige Warnfunktion für den Verbraucher. Die

zusätzliche und letztlich überflüssige Bestätigung des Verbrauchers zeitlich vor seiner Vertragserklärung, so wie es die Doppelklick-Lösung des BMJ vorsieht, würde also entfallen. Wie sich aus der gemeinsamen Umfrage von DIHK und Trusted Shops ergibt, wäre dieser Vorschlag für die Wirtschaft in der Umsetzung technisch einfacher und wesentlich kostengünstiger. Außerdem würde so das Abmahnrisiko entfallen, weil die Unternehmen genau wüssten, wie sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen müssten. Gut 70 % der Unternehmen würden deshalb der Schaltflächenlösung gegenüber Doppelklicklösung den Vorzug geben.

## ■ Anhörung im Bundestag zur Unternehmensmitbestimmung

Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales hat am 09.05.2011 über Modifikationen der deutschen Mitbestimmung eine Sachverständigenanhörung durchgeführt. Basis der Anhörung waren die Anträge der SPD-Fraktion „Demokratische Teilhabe von Belegschaften und ihren Vertretern an unternehmerischen Entscheidungen stärken“ (BT Drs. 17/2122) sowie der Fraktion Die Linke „Unternehmensmitbestimmung lückenlos garantieren“ (BT-Drs. 17/1413).

Schwerpunkte der Anhörung lagen u. a. bei der europarechtlichen Vereinbarkeit einer Absenkung der Schwellenwerte, bei der Einbeziehung der Verwaltungssitze ausländischer Gesellschaften in Deutschland in den Anwendungsbereich der deutschen Mitbestimmung und bei der Frage, ob ausländische Kapitalgesellschaften & Co. KG der Mitbestimmung unterworfen werden können. Zudem wurde auch ein Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte diskutiert. Die Pressemitteilung des BT-Ausschusses für Arbeit und Soziales zur Anhörung finden Sie [hier](#).

## ■ 1. Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im BGBI verkündet

Am 29.04.2011 wurde das Erste Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Bundesgesetzblatt verkündet. Darin enthalten sind auch die Voraussetzungen, in der Zeitarbeit einen Mindestlohn einzuführen. Diese treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

## ■ Newsletter "Arbeitsrecht"

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/themenfelder/recht-und-fairplay/info/infoletterarbeitsrecht>

## ■ Aktuelle Steuerinformationen

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/themenfelder/recht-und-fairplay/info/steuerinfo>

## ■ Newsletter "Auftragswesen aktuell"

Den Newsletter "AUFTRAGSWESEN AKTUELL" können Sie hier abonnieren:

<http://www.had.de/start.php?topmenu=aktuell>

## Veranstaltungshinweise

### ■ Weichenstellungen für Großvorhaben am 24.05.2011

Nicht nur für industrielle und infrastrukturelle Großprojekte ist das Zusammenspiel von Bauleitplanung und Immissionsschutz ein schwieriges Unterfangen. Auch kleine und mittelständische Unternehmen stoßen an ihre Grenzen, wenn es um die Einhaltung von EU-Normen, Bundes- und Landesregelungen geht. Ziel der gemeinsamen Veranstaltung mit dem Institut für Städtebau Berlin ist es, die fachlichen Anforderungen und Rechtsgrundlagen zum Immissionsschutz in der Bauleitplanung und Vorhabenzulassung aufzuzeigen und die Bedeutung der einschlägigen Regelwerke für die Abwägung darzulegen. Anhand aktueller Fragestellungen werden für unterschiedliche Fallkonstellationen die Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktbewältigung durch Bauleitplanung, im Rahmen der Vorhabenzulassung, Verordnungen und vertraglichen Regelungen aufgezeigt und mit den Teilnehmern diskutiert.

Das Seminar richtet sich an Unternehmensjuristen, Rechtsanwälte, Mitarbeiter von Stadtverwaltungen, IHKs und anderen Behörden, die sich mit der Planung und Genehmigung, z. B. von Anlagen, beschäftigen.

Das vollständige Programm ist [hier](#) erhältlich, die Teilnahmegebühr beträgt 300 Euro. Weitere Informationen erhalten Sie beim Institut für Städtebau Berlin unter Tel. 030-2308220 oder per E-Mail ([info@staedtebau-berlin.de](mailto:info@staedtebau-berlin.de)).

### ■ Geistiges Eigentum im Spannungsfeld von Digitalisierung und Globalisierung am 31.05.2011

Unter diesem Motto laden DIHK, BDI, Markenverband und APM zum diesjährigen Tag des geistigen Eigentums ein. Impulsreferate durch die Präsidenten des EPA, des HABM in Alicante, Battistelli und Campinos sowie Dr. Grundmann, Staatssekretärin im BMJ, leiten Paneldiskussionen zum künftigen

einheitlichen EU-Patent, zu den Herausforderungen für das Urheberrecht im digitalen Umfeld sowie zu den Problemen des Markenschutzes in der globalisierten Welt ein.

Im weltweiten Wettbewerb spielen die Regelungen zum geistigen Eigentum eine immer zentralere Rolle. Es dürfte daher ein spannender Tag werden.

Hierzu laden wir Sie gerne ein. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem [Flyer](#).

Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldeschluss ist der 20.05.2011. Für die Anmeldung benutzen Sie bitte die im Flyer enthaltene Anmeldekarte.